INLAND

Beratungen vertagt

Berlin – Bei den Streitthemen im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat haben Koalition und Opposition am Mittwochabend keine Einigung erzielt. Die Beratungen wurden auf den 12. Dezember vertagt, wie der Bundesrat mitteilte. Es geht zum einen um das Gesetz zum Abbau der kalten Progression. Damit wird der Effekt bezeichnet, dass Gehaltserhöhungen durch einen höheren Steuersatz wieder aufgezehrt werden. Dieses Steuergesetz lehnt die Opposition ab. Das Gesetz zur energetischen Gebäudesanierung wiederum ist wegen der von den Ländern befürchteten finanziellen Verluste strittig. Baumaßnahmen sollen nämlich steuerlich absetzbar sein, was zu Ausfällen in Milliardenhöhe führen würde. AFP

Mehr Ausgaben für Sozialhilfe

Wiesbaden – Im vergangenen Jahr sind die Ausgaben für Sozialhilfe in Deutschland gestiegen – 4,5 Prozent mehr als 2010; im Schnitt beträgt die Sozialhilfe 278 Euro netto pro Kopf. Insgesamt gab die Bundesrepublik 2011 22,7 Millionen Euro für die Stütze aus, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch in Wiesbaden mitteilte. Dabei liegen die Pro-Kopf-Ausgaben im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 288 Euro deutlich über denen in den neuen Ländern: Dort wurden im Durchschnitt 238 Euro ausgezahlt. Am meisten Sozialhilfe erhalten die Menschen in den Stadtstaaten Bremen (462 Euro), Hamburg (437 Euro) und Berlin (418 Euro), am wenigsten in Sachsen (143 Euro). DPA

Neuer Vorstoß für Homo-Ehe

Berlin – Eine Gruppe von CDU-Bundestagsabgeordneten plant einen neuen Vorstoß zur steuerlichen Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften. Die Initiative sei auch eine Reaktion auf einen Antrag des Kreisverbandes Fulda, der auf dem kommenden CDU-Parteitag behandelt werden soll und der sich gegen eine solche Gleichstellung wendet, erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak am Mittwoch in Berlin. Er rief zu einer Debatte über das Thema auf dem CDU-Bundesparteitag auf, der vom 3. bis 5. Dezember in Hannover stattfindet. Es gehe nicht darum, Ehe und Familie etwas wegzunehmen, sondern um eine Gleichstellung. Auch eingetragene Lebenspartnerschaften müssten vom Ehegatten-Splitting profitieren. Bereits im Sommer hatte es eine solche Initiative von 13 Unionsabgeordneten gegeben. KNA

Ärger über Wahlplakate

Hannover – Zwei Monate vor der Landtagswahl in Niedersachsen verursachen erste Wahlplakate Ärger bei den Parteien. Bereits platzierte Wahlwerbung will die SPD jetzt wieder abhängen lassen. Die heiße Phase des Wahlkampfes beginne erst nach Weihnachten, erklärte ein Sprecher am Mittwoch. „Daher haben wir darum gebeten, bereits aufgestellte Plakate abzunehmen und erst ab dem 27. Dezember zu plakatieren.“ Auch Doris Schröder-Köpf sei darüber informiert worden. Ein Bild der SPD-Kandidatin (Foto: dpa) und Frau von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder lächelte die Wähler direkt vor der CDU-Zentrale in der Landeshauptstadt an. Der frühe Wahlkampfstart der Herausforderer hatte die CDU verärgert. „Es gab eine landesweite Absprache mit der SPD, erst ab dem 27. Dezember zu plakatieren“, sagte ein Sprecher. FDP-Generalsekretär Gero Hocker nannte es „eine Frage des Stils“, auf die Plakatflut in der Adventszeit zu verzichten. DPA

Weniger Rechtsextreme

Erfurt – Unter den Bürgern in Thüringen und Sachsen-Anhalt geht der Anteil an Menschen mit explizit rechtsextremer Gesinnung offenbar leicht zurück. Zu diesem Schluss kommen zwei breit angelegte Untersuchungen, die jetzt in Erfurt und Magdeburg vorgestellt wurden. So sind nach dem sogenannten Sachsen-Anhalt-Monitor nur noch neun Prozent der Bürger in Sachsen-Anhalt dafür, „die Ausländer nach Hause zu schicken“, wenn in Deutschland die Arbeitsplätze knapp würden. In Thüringen bekennen sich nach einer ähnlichen, von der Erfurter Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Umfrage zwölf Prozent der Befragten zu einer rechten Gesinnung, bei fünf Prozent ist sie nach den Erhebungen sogar als „verfestigt“ zu betrachten. Damit ist rechtes Gedankengut unter den Bürgern zwar immer noch stark verbreitet. Jedoch widerspricht der erhobene Meinungstrend in beiden Bundesländern einer kürzlich von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Studie, derzufolge der Rechtsextremismus sich in den neuen Bundesländern erheblich verstärkt haben soll. CKO

Geflügel in Massen: 30 000 Jungtiere scharren in diesem Stall bei Visbek im Kreis Vechta. In niedersächsischen Schlachthof werden täglich Hunderttausende Hühner getötet. FOTO: INGO WAGNER DPA/LNI

Protest am Hähnchen-Highway

In Niedersachsen leben acht Millionen Menschen, aber 80 Millionen Hühner. Und die Großstallungen breiten sich immer weiter aus. Doch auch Bürger leisten wachsenden Widerstand gegen die Massentierhaltung – und machen die Geflügelindustrie zum Wahlkampfthema

VON CHARLOTTE FRANK

Hamburg – Jetzt. In diesem Moment stirbt in seinem Rücken ein Tier. Und noch eins und noch eins, pausenlos, im Zehntelsekundentakt, schneller als man zählen kann, und da fällt es ein bisschen schwer, sich auf den Vortrag des Herrn am Stacheldrahtzaun zu konzentrieren, der über den Geflügelmarkt spricht und über Hühnertrockenkot und Mastdurchgänge und Lokalpolitiker. „Sieben Hühner kann die pro Sekunde schlachten“, sagt er und zeigt auf die Fabrik hinter dem Stacheldraht. Mehr schafft kein Schlachthof in ganz Europa.

Der Mann am Zaun heißt Michael Hettwer und der Ort um den Zaun heißt Wietze. Wietze in Niedersachsen. Ein schmuckloses Straßendorf in der Nähe von Celle und in der Nähe der Autobahn, mit einer bemerkenswerten Dichte von Lovemobils an den Zufahrtsstraßen; alle paar Meter parkt ein Wohnwagen mit einer gelangweilten Halbnackten im Fenster. Ansonsten gibt es viel Wald, viel Acker, wenig Menschen. Ein idealer Ort für eine so gigantische Schlachterei, wie sie die Firma Rothkötter hier im vergangenen Jahr errichtet hat. Eine, die sieben Hühner in der Sekunde töten kann. 432 000 am Tag. 134,8 Millionen im Jahr. So viel Ware will erst einmal produziert werden: Seit 2003 wurden mehr als 1000 neue Mastställe im Land gebaut.

Es gibt viele Menschen, denen das zu viel ist, die zunehmend heftig gegen die Tierindustrie protestieren – und das in Niedersachsen, wo sie an Massentierhaltung gewöhnt sind wie sonst fast nirgends in Deutschland. Wo sich die Zahl des geschlachteten Geflügels in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt hat. Wo so viele Schweine wie Menschen leben – etwa acht Millionen. Und zehn mal so viele Hühner. Die sind nun zu einem wichtigen Thema im Wahlkampf geworden.

Zwei Monate sind es noch, bis die Niedersachsen über eine neue Landesregierung abstimmen – zwei Monate noch für die Parteien, um sich in der Landwirtschaft zu profilieren. In anderen Bundesländern mag das Nebensache sein, in Wahlprogrammen irgendwo im Kapitel Wirtschaft nebenbei erwähnt – aber in Niedersachsen ist Landwirtschaftspolitik nicht bloß etwas für Landwirte. Sondern selbst für Menschen wie Michael Hettwer. Das macht den Widerstand so erfolgreich.

Hettwers Nachbar arbeitet für die andere Seite. Die beiden duzen einander jetzt nicht mehr

Groß Munzel, ein Freitag im November, eine Landstraße, über die im Minutentakt die Müllautos donnern. In einer Parkbucht wartet Michael Hettwer, hier beginnt seine Tour zu den Stationen des Protests. Hettwer, 56 Jahre alt, elegantes Sakko, geschliffene Sprache, hohes Mitglied diverser Bündnisse und Vereine gegen die Massentierhaltung, blickt auf eine Baustelle auf der anderen Straßenseite, eine lange grüne Halle entsteht dort. „84 400 Hühnchen sollen da gemästet werden“, sagt er. Hettwer wohnt nur ein paar Kilometer weiter. Direkt am „Hähnchen-Highway“.

Hähnchen-Highway, auch „Chicken-Belt“, so nennen die Menschen hier den Landstreifen, der sich im Raum Celle an der A 7 entlangzieht. Die Geflügelwirtschaft floriert, fast monatlich siedeln sich neue Mastbetriebe an – Zulieferer für die Großschlachterei in Wietze. Aber die ist nur der eine Grund dafür, dass hier so viel gebaut wird. Der andere Grund ist schlicht: Woanders ist kein Platz mehr. Alles schon zugebaut.

„Wir haben nur 15 Prozent der deutschen Agrarfläche in Niedersachsen“, sagt Michael Hettwer. Aber dafür 30 Prozent des deutschen Schweinebestands, 48 Prozent aller Puten und 54 Prozent der Masthühner. Die meisten Tiere werden im Westen Niedersachsens gehalten, im Emsland und rund um Städte wie Vechta und Cloppenburg. Aber dort ist es inzwischen so voll, dass sich viele Lokalpolitiker schwer tun, neue Ställe zuzulassen. Nun breiten sich die Baustellen in den Osten des Landes aus. Und mit den Ställen kommt der Streit.

Michael Hettwer hat die Straßenseite gewechselt, er läuft auf die Baustelle zu und erzählt, wie sie im Dorf versucht haben, den Stallbau aufzuhalten: mit Flugblättern, Einwendungen und einer Bürgerinitiative, der er vorsitzt. Es gab auch ein paar, die vor Baubeginn einen Acker besetzt haben, Hettwer war nicht dabei. „Die saßen dann auf dem falschen Feld“, erzählt er gerade, da hält neben ihm ein Traktor. Ein Mann beugt sich heraus, es entspinnt sich folgender Dialog:

„Kann ich helfen bei Ausspionierung?“, brüllt der Mann im Traktor.

„Sagen Sie erstmal anständig Guten Tag!“, brüllt Hettwer zurück.

Mann im Traktor: „Welchen Grund habe ich, Ihnen Guten Tag zu wünschen?“

Hettwer: „Weil sich das so gehört! Sie! Sie!“ – „Sie was?“

„Sie kleines Licht!“, schmettert Hettwer. Die Fahrertür knallt zu. Hettwer sieht dem Traktor hinterher: „Mit dem Mann habe ich mich mal geduzt“, sagt er. Der Mann ist sein Nachbar, die beiden könnten sich über die Straße hinweg grüßen. Tun sie aber nicht mehr, seit der eine die Mastanlage baut und der andere alles daran gesetzt hat, das zu verhindern. Die Agrarpolitik in Niedersachsen entzweit die Menschen.

Da steht auf der einen Seite der Teil der Bauern, der mit dem System geht. Der sagt, dass Schweinemast (zu arbeitsintensiv) und Milchviehhaltung (zu schlecht bezahlt) sich nicht lohnten, Geflügel schon eher. Hinter ihnen steht die CDU-FDP-Landesregierung, die Massentierhaltung fördert. „Allein die Marktführer Rothkötter und Wiesenhof wurden seit 2007 mit mehr als zehn Millionen Euro subventioniert“, sagt Christian Meyer, landwirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im Landtag. Etwa sieben Millionen sollen nach Wietze geflossen sein – das im Wahlkreis von Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) liegt. Der nennt den Schlachthof „einen Segen für die Region“. Und lobt die neuen „Arbeitsplätze für Menschen mit schlechten oder gar keinen Schulabschlüssen“.

Aber die auf der anderen Seite antworten mit Statistiken, wonach Niedersachsens Landwirtschaft seit 2003, als Schwarz-Gelb an die Macht kam, 30 000 Arbeitsplätze verloren hat. „Da drinnen entstehen gerade einmal 0,8 Arbeitsplätze“, sagt Michael Hettwer vor der Halle in Groß Munzel. Die Hühnermast sei so automatisiert, dass für die Versorgung von 100 000 Tieren nur noch ein einziger Arbeitsplatz geschaffen werden müsse. Die Kritiker verweisen auch darauf, wie verseucht die Umwelt schon ist – auf 62 Prozent der Landesfläche sei das Grundwasser mit Nitrat überlastet. Und auf die Übersättigung des deutschen Hühnermarkts: „Wir haben einen 120-prozentigen Selbstversorgungsgrad, viel zu viel“, sagt Hettwer und steigt in sein Auto – kein umweltschonendes Modell.

Mastbetriebe schaffen kaum Arbeitsplätze, sagt Michael Hettwer. FOTO: JULIA KNOP

Das sagt viel aus, über den Protest und über seine Kraft. „In Niedersachsen gibt es inzwischen mehr Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung als gegen Atomkraft“, sagt der Grüne Christian Meyer. Das will viel heißen in einem Land, in dem die Atommüll-Endlager im Salzbergwerk Asse und in Gorleben liegen. Längst wisse er nicht nur ein paar stramme Tierschützer hinter sich. Sondern auch Menschen, die sich um die Bodenbelastung sorgen, um die Billiglöhne in den Betrieben, um ihre Grundstückspreise. Als am 10. November ein Aktionsbündnis zur Demonstration „Wir haben es satt“ in Hannover aufrief, kamen fast 4000 Leute. Viele von ihnen sahen aus, als ob sie samstags sonst ihren Vorgarten harken. Michael Hettwer war auch da.

Er steht nun in Wietze vor der Schlachterei, die Kamera am Zaun ignoriert er. „Wir dürfen uns nicht abschrecken lassen, wir können von unten etwas erreichen. Wir werden immer mehr, die sich gegen diese Art der Fleischindustrie wehren. Mit jedem neuen Stall“, sagt er. Im Januar stimmen die Menschen in den Wahlbüros darüber ab. Und jeden Tag im Supermarkt.

Bund mit brauner Vergangenheit

Zehn der 13 Mitglieder im ersten Präsidium des Vertriebenen-Verbandes waren Nazis

München – Im Jahr 1951 versammelten sich fünfzigtausend Demonstranten auf dem Bonner Marktplatz und forderten einen Lastenausgleich. Sie hatten ihre Heimat jenseits der Oder-Neiße-Linie verlassen müssen, hatten Hab und Gut verloren und wurden in der Bundesrepublik als Eindringlinge betrachtet. Die alten Reflexe aber funktionierten noch: „Kather befiehl, wir folgen!“, stand auf den Transparenten.

Der Vertriebenenfunktionär Linus Kather gehört zu den schillernden Gestalten, die in der am Mittwoch herausgekommenen Studie „Funktionäre mit Vergangenheit“ vorgestellt werden. Sie wurde vom Münchner Institut für Zeitgeschichte erarbeitet, geht aber auf einen Forschungsauftrag von Erika Steinbach zurück, der heutigen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV). Eine erste, 2010 bekannt gemachte Fassung, die der damalige Institutsvorstand Horst Möller zu verantworten hatte, zeigte eine auffallende Neigung zur Weißwaschung. Das ist in der neuen Version anders. Sie weist nach, dass im ersten Präsidium des 1958 gegründeten BdV zehn der 13 Mitglieder der SA, SS und/oder der NSDAP angehört hatten.

Steinbach zeigte sich „wenig überrascht“ vom Ergebnis, das nur den erstaunen wird, der an das staatstragende Märchen vom radikalen Neuanfang glauben wollte. Bundeskanzler Konrad Adenauer, obwohl selber alles andere als ein Nazi, scheute sich nicht, Menschen mit einer Nazi-Vergangenheit zu beschäftigen. Nach diesem Grundsatz wurde das Außenministerium, das Bundeskriminalamt, wurde überhaupt die Bundesrepublik neu mit den alten Kräften aufgebaut. Sie setzten ihre Industriellen- oder Funktionärskarriere fort, traten einer der demokratischen Parteien bei und starben, wohlversehen mit Pensionen als ehrengeachtete Bürger. Sie forderten nicht nur einen Lastenausgleich, sondern aus naheliegenden Gründen auch ein Ende der Entnazifizierung.

Unter Ludwig Erhard brachte es der BdV-Vorsitzende Hans Krüger sogar zum Minister für Vertriebene und Flüchtlinge, musste allerdings bereits nach drei Monaten zurücktreten. Anders als in den Jahren zuvor konnte der Vorwurf der Kontinuität nicht mehr als DDR-Propaganda abgetan werden, wie die Studie zeigt. Krüger hatte schon 1923 am Hitler-Putsch teilgenommen. Im Zweiten Weltkrieg wirkte er an Sondergerichten in Westpreußen und dabei an Todesurteilen mit. Nach dem Krieg ließ er sich als Rechtsanwalt nieder, zog als CDU-Abgeordneter in den Bundestag ein und stritt sich im BdV-Vorstand mit Kather, der ihm unablässig seine NS-Vergangenheit vorwarf. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, doch Krüger starb noch vor dem Abschluss.

Ein Treffen des Vertriebenenverbandes 1951 in München. FOTO: AP

Für die bayerischen Ministerpräsidenten war es ebenso selbstverständlich wie für CDU-Bundeskanzler, die Heimattreffen der Vertriebenen regelmäßig mit ihrer Anwesenheit zu beehren und damit zu bekräftigen, was im Hintergrund auf die Fahne geschrieben war: „Schlesien bleibt unser!“ Schlesien war aber wie Ostpreußen, wie Pommern und das Sudetenland, seit 1945 nicht mehr deutsch. Dafür hatten jedoch nicht die bösen Russen gesorgt, wie es die hartnäckig verbreitete Legende wollte, sondern das Expansionsgelüst des Deutschen Reiches, das gar nicht großdeutsch genug sein konnte. Doch die antikommunistische Staatsräson der Bundesrepublik erlaubte das Fortwesen der Illusion, dass der Osten noch nicht verloren sei.

Die Studie übergeht auch nicht das Wirken des Sozialdemokraten Wenzel Jaksch, der 1939 aus der besetzten Tschechoslowakei nach England floh. Der Krüger-Kritiker Kather, der selber Gestapo-Haft erlitten hatte, gründete mit anderen 1945 die Hamburger CDU, zog ebenfalls in den Bundestag, wechselte 1954 zur Splitterpartei GB/BHE und kandidierte bei der Bundestagswahl 1969 ohne Erfolg für die rechtsradikale NPD. WILLI WINKLER › Seite 4

Unter Zugzwang

Kritik an Gesetz zur Behandlung psychisch Kranker

München – Kurz vor der Einbringung eines Gesetzes zur Zwangsbehandlung von psychisch Kranken haben Parteien und Verbandsvertreter erneut Kritik an dem Verfahren geäußert. Der Bundestag erweise sich als bloße „Abnickmaschine“ bei einem Gesetz, das schwerste Grundrechtseingriffe enthalte, kritisierte der Linken-Politiker Wolfgang Neskovic. Die Parlamentarier hätten nicht genügend Zeit, um sich mit der Materie sorgfältig auseinanderzusetzen. Auch die Grünen kritisierten das verkürzte Verfahren.

Einweisung bedeutete bisher auch Behandlung gegen den Willen

Der Gesetzentwurf, der die rechtliche Grundlage dafür schafft, dass psychisch kranke oder altersverwirrte Menschen in Kliniken in bestimmten Situationen auch gegen ihren Willen mit Medikamenten behandelt werden dürfen, soll in einem beschleunigten Verfahren durch den Bundestag gebracht werden. Für diesen Donnerstag ist die erste Lesung geplant. Die zweite und dritte folgt schon kommende Woche. Eine öffentliche Anhörung ist nicht geplant.

Eine Neuregelung war nötig geworden, nachdem der Bundesgerichtshof die bisherige Praxis in den Psychiatrien im Sommer für rechtswidrig erklärt hatte. Das Gericht hatte bemängelt, dass Patienten, bei denen ein Amtsgericht die Einweisung in eine Psychiatrie angeordnet hatte, quasi automatisch gegen ihren Willen behandelt wurden, sofern die Betreuer der Kranken dem zustimmten. Für einen derart gravierenden Eingriff in die Grundrechte wird dafür künftig ein eigener Gerichtsbeschluss notwendig sein.

Das Justizministerium und Vertreter der Regierung begründeten die Eile mit der Situation in den Psychiatrien. Seit dem Urteilsspruch befinden sich diese in der paradoxen Situation, dass sie Patienten zwar aufnehmen müssen, sie dann aber nicht behandeln dürfen.

Das nun geplante Gesetz erhöht die Hürden für eine Behandlung gegen den Willen der Kranken. So dürfen Patienten nur dann gezwungen werden, wenn dadurch ein „drohender erheblicher Gesundheitsschaden“ abgewendet wird und wenn es „keine andere zumutbare Maßnahme“ gibt. Ein Richter muss zustimmen. Die Behandlungen bleiben auf Kliniken beschränkt. Die Forderung aus Ländern wie Bayern, diese auch niedergelassenen Ärzten zu ermöglichen, wies Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zurück. „Das grundsätzlich geschützte Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen ist zu bedeutend“, sagte sie der SZ.

Während viele Verbände mit der geplanten Regelung grundsätzlich einverstanden sind, lehnt etwa der Verband der Psychiatrie-Betroffenen Zwang grundsätzlich ab. Er verweist dabei auf die erheblichen Nebenwirkungen der Therapien. Auch aus einigen Kliniken gibt es nachdenkliche Stimmen. Martin Zinkler, Chefarzt der Psychiatrie am Klinikum Heidenheim etwa berichtet, dass seine Station seit zwölf Monaten bei 1200 stationären Aufnahmen ohne Zwang ausgekommen sei. Die neue Situation habe sogar ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Patienten und Ärzten befördert. NINA VON HARDENBERG